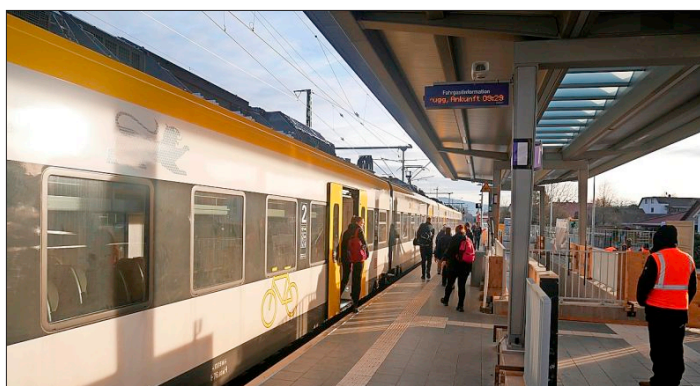


„Region ist mit verantwortlich“

Der ZRF-Verbandsvorsitzende Hanno Hurth schreibt an den Verkehrsminister / Verbesserungsvorschläge

Landkreis/Freiburg. Die Fahrgäste der S-Bahn-Linie 1 von Endingen, über Bötzingen und Gottenheim nach Freiburg sind sich einig: So kann es nicht weitergehen. Immer wieder kommt es immer noch auf der Strecke zu Verspätungen und Zugausfällen. Zum 17. Februar, wenn die Linie Breisach-Gottenheim wieder befahren wird, soll ein Sonderfahrplan Abhilfe schaffen. Auch der Verbandsvorsitzende des ZRF Hanno Hurth ist verärgert. Am Montag, 3. Februar, meldete er sich erneut mit einem Schreiben an das Verkehrsministerium zu Wort.

Die Antwort von Verkehrsminister Winfried Hermann folgte prompt am gestrigen Dienstag. Doch der Reihe nach: Am Montag sandte der Emmendinger Landrat Hanno Hurth in seiner Funktion als Verbandsvorsitzender des Zweckverbandes Region-Nahverkehr Freiburg (ZRF) ein Schreiben an den Landesverkehrsminister zum Betrieb der S-Bahn-Linie 1 von Endingen über Freiburg, Titisee-Neustadt nach Villingen/Seeburg. Sein Brief enthielt deutliche Worte und Forderungen an das Verkehrsministerium, mit dem Ziel, die Zustände auf der S-Bahn-Linie zu verbessern. „Nach dem Fehlstart der S-Bahn-Linie 1 haben das Verkehrsministerium und der Zweckverband Region-Nahverkehr Freiburg



Immer noch kommt es zu Verspätungen auf der S-Bahn-Linie zwischen Endingen und Freiburg. Foto: ma

in der Besprechung mit der DB Regio AG am 10. Januar spürbare Einschnitte im Fahrplan mitgetragen, um überhaupt eine Perspektive für einen dann hoffentlich verlässlichen Betrieb zu gewinnen. Leider sieht sich die DB Regio nicht in der Lage, unserer Bitte zu entsprechen und dieses Übergangskonzept schon vor dem 17. Februar umzusetzen. Auch wenn es in den vergangenen Tagen gelungen ist, den Fahrplan etwas zu stabilisieren, sind wir noch weit von einem Zustand entfernt, den man als hinnehmbar bezeichnen könnte. Noch immer fallen Züge aus, es werden Anschlüsse in großer Zahl verpasst und die Fahrzeiten dadurch massiv verlängert“, so Hurth in seinem Schreiben.

Um Abhilfe zu schaffen, unterbreitet der Emmendinger Landrat

dem Land als Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr einige Vorschläge: Zum einen, so Hanno Hurth, sollte „in Abänderung des Verkehrsvertrags bis auf Weiteres das zeitaufwendige - zusätzliche - Stärken und Schwächen der S-Bahn in Titisee-Neustadt, also jedweder Kopplungsvorgang, der nicht zur Anschlussicherung erforderlich ist, eingestellt werden.“ Die für Ausfälle von einzelnen Elektrotriebwagen von der DB Regio vorgehaltene Reserve sollte zudem aufgrund der vielfach verpassten Anschlüsse unverzüglich zum Einsatz freigegeben werden. Dann müsse die DB Regio sicherstellen, dass abgebrochene Fahrten in Freiburg, in Titisee oder in Gottenheim sofort ersetzt würden. Für den Fall von längeren Zugausfällen, so Hurths dritter Vor-

schlag, sollte der DB Regio AG auferlegt werden, für einen umgehend verfügbaren Schienenersatzverkehr Sorge zu tragen und dies entsprechend an den Bahnhöfen und Haltepunkten zu kommunizieren. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob und wann ein zumindest teilweiser Fahrzeugtausch auch während der Laufzeit des Verkehrsvertrags in der Weise umgesetzt werden könnte, dass Elektrotriebwagen mit deutlich mehr Türen zum Einsatz kommen. Zudem wünscht Hurth, dass das Land als Eigner der SWEG und damit auch der SWEG Schienenwege GmbH seinen Einfluss geltend machen soll, dass die im Bereich der Kaiserstuhlbahn ausstehenden Infrastrukturmaßnahmen, die zusätzliche Reserven für den Abbau von Verspätungen schaffen könnten, schnellstmöglich umgesetzt würden. Der Verbandsvorsitzende bittet darum, der Minister möge dies Maßnahmen „wohlwollend prüfen“.

In seiner Antwort wies der Verkehrsminister am Dienstag auf die Verantwortung der Region für die Zustände auf der S-Bahn-Linie 1 hin. Der ZRF und die Region hätten das ambitionierte Betriebskonzept für den Ausbau der S-Bahn gewollt, obwohl vom Verkehrsministerium und von Experten der DB Regio auf die hohe Komplexität des Ausbaukonzeptes hingewiesen worden sei. Am Übergangskonzept ab dem 17. Februar halte man fest. (RK/ma)